

## **Editorial – Thema der Woche**

**Montag, 30. Januar 2012**

Gerade in Konfliktsituationen braucht der Dialog gleiche Augenhöhe. Damit tun sich die Partner im Gesundheitswesen allerdings nach wie vor schwer. Vor allem im Arzneimittelbereich sind sie ein direktes Aushandeln unterschiedlicher Positionen nicht gewöhnt. Jahrelang war die Industrie frei in ihrer Preisfestsetzung (mit dem Resultat, dass in Deutschland Höchstpreise gezahlt wurden), nach dem Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) scheinen nun die Kassen am längeren Hebel zu sitzen und – nach dem Motto „Das Imperium schlägt zurück“ – die Preise in den Keller verhandeln zu wollen. Die eine Richtung kann langfristig ebenso wenig gutgehen, wie die andere.

Wenn die Koalition sich also in diesem Zusammenhang darüber Gedanken macht, ob die AMNOG-Instrumente diese gleiche Augenhöhe tatsächlich herstellen, dann ist das im Prinzip erst mal zu begrüßen, sofern im Fokus dieser Überlegungen nicht etwa „Geschenke an die pharmazeutische Industrie“ stehen, sondern eine langfristig gesicherte, innovationsorientierte Patientenbehandlung und vielleicht noch die Reste einer deutschen Arzneimittelforschung. Die lang gepflegte Argumentation, man solle doch nun erst mal abwarten, wie sich der Arzneimittelmarkt unter AMNOG-Voraussetzung entwickelt, bevor gleich wieder Reparaturen in Angriff genommen werden, wird sofort dann brüchig, wenn unumkehrbare Schäden an der Arzneimittelversorgung zu befürchten sind. Hier ist es der Arzneimittelindustrie offensichtlich gelungen, die Politik von grundsätzlichen AMNOG-Fehlern bei der Etablierung gleicher Augenhöhe zu den anstehenden Preisverhandlungen zu überzeugen.

Das Problem dabei ist allerdings, dass die Politik den AMNOG-Prozess bereits grundsätzlich falsch aufgezogen hat, in dem sie die Konfliktschlichtung durch einen Schiedsamtsspruch an das Ende des Verhandlungsprozesses gesetzt hat. Erst diese End-Fixierung führt dazu, dass die Verhandlungspartner mehr als ein Jahr lang aneinander vorbeireden können, ohne dass eine Möglichkeit zum Eingreifen besteht. Bereits in den Beratungsgesprächen beim GBA – so die Erfahrungen – laufen die Bewertungsansätze von Industrie und Selbstverwaltungsgremien in einer Weise auseinander, dass im weiteren Prozessverlauf kaum noch auf gleicher Grundlage argumentiert und verhandelt werden kann. Auch die Annahme, die GKV werde sich ihrer Innovationsverantwortung schon bewusst sein, und den Arzneimittelherstellern in den Preisverhandlungen den finanziellen Spielraum für weitere Investitionen lassen, ist vor dem Hintergrund drohender Zusatzbeiträge naiv: Die Kassen wurden von der Politik selbst mit dem Rücken an die Wand gestellt und können oder wollen entsprechende Spielräume keineswegs zur Verfügung stellen.

Die jetzt in Augenschein genommenen AMNOG-Korrekturen sind also eine nette Geste, sie lösen aber nicht das eigentliche Problem. Will die Politik alle Partner unter gleichen finanziellen Druck setzen (und dagegen ist ja erst mal nichts zu sagen), dann muss sie auch dafür Sorge tragen, dass immer wieder im laufenden Verhandlungsprozess Korrekturschleifen eingezogen werden können, die Fehlentwicklungen wieder auf die richtige Bahn bringen. Der Anfang zu diesem Prozess müsste ein moderiertes Skoping-Verfahren darstellen, in dem sich die Konfliktparteien grundsätzlich (und schiedsamtstfähig!) darüber einigen, wonach sie eigentlich suchen wollen. Es wird der Politik nicht erspart bleiben, diesen Prozess eng und kontinuierlich zu begleiten. Sie ist schließlich – zumindest in der GKV – in letzter Konsequenz für die dauerhafte und effiziente Versorgung der Patienten mit modernen Arzneimitteln verantwortlich.